

## 2. Änderung und Ergänzung Bebauungsplan Nr. 20 „Industriegebiet Elbringhausen“

### A) Im Rahmen der erneuten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachte Bedenken, Anregungen und Hinweise

Lfd. Nr.	Schreiben / Inhalt	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
1	<i>Der <b>Rheinisch-Bergische Kreis</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 23.04.2021 Stellung genommen.</i>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
1.1 Natur- und Landschaftsschutz (Amt 67)	<p><u>Änderungsbereich BP/Sicherheitsstreifen Wald</u>  <i>Das bestehende Gewerbegebiet ist durch große Hallen, großflächige Hof- und Lagerflächen und Häuser mit Betriebswohnungen geprägt. Die im rechtskräftigen Bebauungsplan vorgesehenen Bepflanzungen im Sicherheitsstreifen wurden nicht realisiert.</i></p> <p><u>Ergänzungsbereich BP</u>  <i>Zum Ergänzungsbereich wird der durch Anschüttungen entstandene Höhenversprung durch Böschungen überwunden. Im westlichen Bereich wurde zwischen 2003 und 2007 der gewerbliche Bereich bereits in den Wald hinein erweitert. Im Erweiterungsbereich stockt ein vom Borkenkäfer stark befallener, absterbender beziehungsweise bereits abgestorbener Fichtenbestand. Auf dem östlichen Flurstück wurde er bereits gefällt. Das Gelände im Erweiterungsbereich fällt im Mittel um fünf Meter nach Süden hin ab. Das westliche Flurstück und die westlichen Teile des östlichen Flurstückes sind Bestandteil der Quellmulde des im Bereich des ehemaligen Staubeckens Kovelsberg in den Eifgen mündenden Nebenbaches. Der Quellaustritt liegt etwa 74 Meter südlich unterhalb des Erweiterungsbereiches. Außerhalb des Erweiterungsbereiches stellt sich der Waldbestand als älterer Hallenbuchenwald mit viel Ilex im Unterstand dar. Nur am Weg im Osten befindet sich eine jüngere Laubholzaufforstung.</i></p>	<p><u>Änderungsbereich BP /Sicherheitsstreifen Wald</u>  <b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Der planungsrechtlich festgesetzte „Sicherheitsstreifen zum Schutze des Waldrandes“ ist im Bereich der Bebauungsplanänderung rund 30 – 35 Meter breit. Die vorgesehene Bepflanzung wurde nicht angelegt, sondern als Lager- und Stellplatzflächen genutzt. Im Übergang zum Wald sind Böschungen vorhanden. Der bisher festgesetzte Sicherheitsstreifen soll im Rahmen der Bebauungsplanänderung in die überbaubaren Grundstücksflächen integriert werden (Änderungsbereich).</p> <p><u>Ergänzungsbereich BP</u>  <b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Nach der frühzeitigen Beteiligung wurde das Flurstück 376 (westlicher Bereich) aus dem Geltungsbereich der 2. Änderung und Ergänzung bis auf die außerhalb des Landschaftsschutzgebietes liegenden, nördlichen Teilfläche ausgenommen. Der östliche Bereich (Flurstück 377) soll künftig als Waldbereich entfallen. Im Übergang zum Wald soll ein Waldsaum angelegt werden. Das sensible Umfeld der Quellmulde des im Bereich des ehemaligen Staubeckens Kovelsberg in den Eifgen mündenden Nebenbaches</p>

	<p><u>Eingriffsbeschreibung / Geplante Festsetzungen</u></p> <p><i>Die Planung sieht vor das Industriegebiet durch ein Gewerbegebiet nach Süden zu erweitern. Etwas mehr als die nördliche Hälfte soll als überbaubare Grundfläche festgesetzt werden. Die Festsetzung Grundflächenzahl: 0,8 bleibt erhalten. Hinzukommt die Festsetzung der maximalen Gebäudehöhe auf 315,5 m ü.NHN sowie der maximalen Geländehöhe auf 305 m ü.NHN im Bereich der überbaubaren Grundfläche und außerhalb der überbaubare Grundfläche auf 301 m ü.NHN im westlichen Flurstück und 303 m ü.NHN im östlichen Flurstück. Das Gewerbegebiet wird randlich mit einer im Vergleich zur rechtskräftigen Planung deutlich reduzierten Anpflanzungsfläche eingefasst. Entlang der Straßen und des Wirtschaftsweges ist eine schmale private Grünfläche vorgesehen.</i></p> <p><i>Die Planung führt neben den Überbauungen und (Teil-?) Versiegelungen zu erheblichen (Fläche, Höhen) Anschüttungen von bis zu 8 Metern Höhe, vor allem im Bereich der Quellmulde. Nach Westen werden die Höhen zum Teil mit Stützmauern abgefangen. Gleiches gilt für Höhenversprünge innerhalb des Geländes.</i></p>	<p>wird durch die Beschränkung des Erweiterungsbereichs auf das Flurstück 377 bzw. tlw. 376 berücksichtigt.</p> <p>Die notwendigen Anschüttungen können durch eine Verschiebung der geplanten Halle nach Norden deutlich reduziert werden und betragen maximal 2 – 3 m. Die vorhandene Topographie soll nur soweit ausgeglichen werden, um insbesondere südlich einer neuen Halle notwendige Stell- und Lagerflächen errichten zu können.</p> <p><u>Eingriffsbeschreibung / Geplante Festsetzungen</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die bereits baulich in Anspruch genommenen Bereiche sowie Pflanzflächen als Übergang zum Wald werden in den Geltungsbereich miteinbezogen. Das vorhandene Industriegebiet soll nach Süden erweitert werden.</p> <p>Zur Höhenlage des Baugebietes trifft der rechtsverbindliche Bebauungsplan keine Festsetzung. Südlich des vorhandenen Gebäudebestandes im Bereich des Flurstücks 377 soll das Gelände um ca. 2 Meter auf 303 m ü. NHN angeschüttet werden. Böschungen sollen nicht steiler als 1:1,5 angelegt werden. Neben der Festsetzung einer maximalen Baumassenzahl wird eine maximale Gebäudehöhe von 315,5 m ü. NHN festgesetzt.</p> <p>Die geplanten Vorhaben wurden im Vergleich zum Stand der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB deutlich reduziert:</p> <p>Als Übergang zum Wald ist eine Fläche gem. § 9 Abs. 25 a BauGB festgesetzt. Zwischen überbaubarer Fläche und Wald bleibt ein Mindestabstand von 20 m.</p> <p>Die Festsetzung der privaten Grünfläche wird grundsätzlich übernommen, jedoch entsprechend der tatsächlichen Bebauung als straßenparallele Fläche zwischen Straßenbegrenzungslinie und</p>
--	---	---

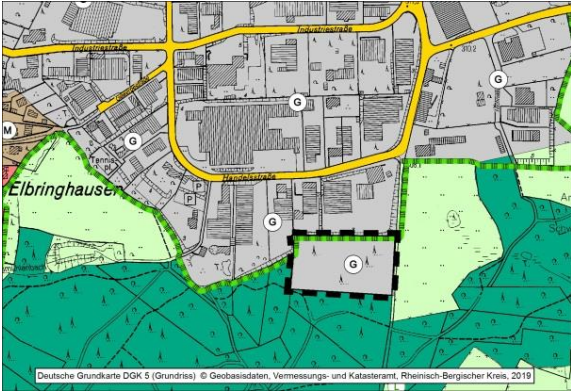
		überbaubarer Grundstücksfläche straßenseitig festgesetzt und entlang des vorhandenen Wirtschaftsweges fortgeführt.
1.1.1.	<u>Verlust der Funktionen im Naturhaushalt und als Lebensraum</u> <i>Das Gelände wird grundlegend umgestaltet, überformt und beeinträchtigt. Die Standorte im Erweiterungsbereich verlieren ihre Funktionen im Naturhaushalt und als Lebensraum vollständig. Die Überschüttungen und Versiegelungen im Änderungsbereich wirken sich auch auf die Quellmulde, die Quelle, deren Schüttung und das Fließgewässer negativ aus.</i>	<u>Verlust der Funktionen im Naturhaushalt und als Lebensraum</u> <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b>  Der Eingriff in bisher baulich nicht in Anspruch genommene Bereiche, insbesondere die Inanspruchnahme von Waldflächen, wurde im Rahmen der Eingriff-Ausgleich-Bilanzierung ermittelt und bewertet. Es wird davon ausgegangen, dass durch die Reduktion des Geltungsbereichs (siehe oben) sowie weitere Festsetzungen auf Ebene des Bebauungsplans und durch eine Versickerung des nicht klärpflichtigen Niederschlagswassers im Plangebiet, negative Auswirkungen auf die Quellmulde, die Quelle, deren Schüttung und das Fließgewässer gemindert bzw. vermieden werden können.
1.1.2	<u>Landschaftsbild</u> <i>Neben den Böschungen wirken sich auch die geplanten Gebäude mit Höhen von 10,50 Metern auf das Landschaftsbild aus.</i>	<u>Landschaftsbild</u> <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b>  In dem in Stadtrandlage befindlichen Gewerbegebiet, das vom Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 20 „Industriegebiet Elbringhausen“ 2. Änderung und Ergänzung abgedeckt ist, wird das Ortsbild von Gewerbeflächen geprägt. Aus der Blickrichtung von der Landschaft aus auf den Ortsrand tragen randliche Gehölzstreifen oder der Wald selbst zur Eingrünung der Gewerbeflächen bei. Der Ortsrand wird zukünftig durch die neue, zu begrünende Böschung mit einer max. 3 m hohen Aufschüttung in Richtung des Waldes verschoben. Der entfallende Waldstandort wird an anderer Stelle im Landschaftsraum (Bereich Haarbach) ersetzt. Insgesamt sind durch die Planung keine erheblichen negativen Auswirkungen auf das Landschafts- bzw. Ortsbild zu erwarten.
1.1.3	<u>Bau- und betriebsbedingte Auswirkungen</u> <i>Bau- und betriebsbedingte Wirkungen kommen hinzu. Hier ist vor</i>	<u>Bau- und betriebsbedingte Auswirkungen</u> <b>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</b>

	<p><i>allem an Lärm- und Lichtemissionen mit negativen Effekten auf die Fauna der angrenzenden Waldbereiche zu rechnen.</i></p>	<p>In der 2021 / 2022 durchgeführten Artenschutzvorprüfung (ASP I) wurde festgestellt, dass infolge der Planung Verbotstatbestände gemäß § 44(1) Abs. 1 bis 3 BNatSchG in Hinsicht auf planungsrelevante Fledermaus- und Vogelarten nicht erfüllt werden. Durch Maßnahmen zur Bauzeitenregelung und ggf. eine ökologische Baubegleitung können artenschutzrechtlich relevante Beeinträchtigungen von Tieren und Pflanzen ausgeschlossen werden. Entsprechende Hinweise sind in den Textteil des Bebauungsplans aufgenommen.</p>
1.1.4	<p><u>Waldabstand</u>  <i>Ein ausreichender Waldabstand wird nicht eingehalten. Der bislang im Bebauungsplan festgesetzte, jedoch nicht umgesetzte Sicherheitsstreifen wird nur rudimentär wieder eingeplant. Hierdurch sind weitere Waldverluste durch die ungelösten Konflikte zu erwarten.</i></p> <p><u>Erweiterung des Siedlungsabschlusses</u>  <i>Weiterhin wird mit der Erweiterung der bisherige Siedlungsabschluss nach Süden aufgebrochen und eine negative Vorbildwirkung, insbesondere für die westlich angrenzenden Waldflächen geschaffen.</i></p>	<p><u>Waldabstand</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die in der 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 20 festgesetzten überbaubare Flächen halten einen Mindestabstand von 20 Metern zum Wald ein. Entlang der südlichen Geltungsbereichsgrenze des Bebauungsplans ist eine mindestens 10 Meter tiefe Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern zur Ausbildung eines Waldsaums festgesetzt. Waldverluste außerhalb des Plangebietes werden nicht erwartet.</p> <p><u>Erweiterung des Siedlungsabschlusses</u>  <b>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</b></p> <p>Der Siedlungszusammenhang wird durch die räumlich-funktionale Verbindung zu schon bestehenden Gewerbebetrieben hergestellt. Der „neue“ Siedlungsrand entspricht in seiner südlichen Ausdehnung den westlich angrenzenden Bereichen.</p>
1.1.5	<p><u>Landschaftspflegerischer Begleitplan (Ingenieurbüro und Landschaftsarchitektur Dipl.-Ing. Ilona Haacken, Landschaftsarchitektin AKNW, Gertrudisstr. 18, 42651 Solingen, 16. März 2021)</u>  <i>- Der Änderungsbereich liegt vorrangig im Einzugsgebiet des Eifgenbaches und erst im weiteren Verlauf auch in denen der Dhünn, der Wupper und des Rheines.</i></p>	<p><u>Landschaftspflegerischer Fachbeitrag</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die genannten Ergänzungen/Klarstellungen wurden im Stand vom 19.09.2022 berücksichtigt.</p>

<p>- Im Gegensatz zu dem Quellbereich/der Quellmulde im östlichen Umfeld wird die unmittelbar in Anspruch genommene <b>Quellmulde im Westen</b> nicht thematisiert. Die Quelle liegt deutlich höher als in der DGK eingezeichnet etwa 70 Meter unterhalb des Ergänzungsbereiches. Die mit der Planung vorbereiteten Maßnahmen und Nutzungen wirken sich – auch über das Bebauungsplangebiet – hinaus auf diese schutzwürdigen und schutzbedürftigen Bereiche aus.</p> <p>- Bezüglich des <b>Landschaftsschutzgebietes WK_2.2-07 „Seitentäler des Eifgenbaches mit Laubwäldern an den Hängen“</b> sind die Schutzziele unvollständig. Im folgenden sind die im Gebiet wesentlichen Schutzziele durch Fettdruck hervorgehoben:  Die Schutzgebietsausweisung erfolgt zur Erhaltung und Entwicklung von Landschaftsbild prägenden sowie strukturreichen Gehölz- und Waldbeständen, Wiesen- und Weiden in Hangflächen sowie Obstbaumbeständen und <b>naturnah ausgeprägten Siefentälchen</b> und auf Grund seines großen Erholungswertes.  Das Gebiet hat eine herausragende Bedeutung als Biotopverbundraum insbesondere zur Erhaltung wichtiger Verbindungsflächen und Verbindungselemente zum angrenzenden FFH-Gebiet DE 4809-301 "Eifgenbachtal" südwestlich, ab Finkenholz.  Im Einzelnen werden folgende Schutzzwecke festgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wegen der besonderen Bedeutung für die Erholung in Natur und Landschaft sowie als ländlicher Erlebnisraum (§ 26 Abs. 1; Ziff. 2 u. 3 BNatSchG);</li> <li>- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft (§ 26 Abs. 1, Ziff. 2 BNatSchG);</li> <li>- zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wildlebender Tierarten (§ 26 Abs. 1, Ziff. 1 BNatSchG);</li> </ul>	<p>Der Geltungsbereich der 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans wurde im Vergleich zum Stand der frühzeitigen Beteiligungen reduziert.</p> <p>Der Landschaftsplan thematisiert weder die Lage der Quelle noch der <b>Quellmulde im Westen</b>. Durch die geänderte Planung sind keine erheblich negativen Auswirkungen auf die Quellmulde zu erwarten (siehe oben).</p> <p>Gemäß § 20 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) treten widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes mit In-Kraft-Treten der 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans außer Kraft, soweit der Träger der Landschaftsplanung im Beteiligungsverfahren dem parallel zu änderndem Flächennutzungsplan nicht widersprochen hat. Mit Schreiben vom 03.04.2023 teilt die Untere Naturschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises mit, dass die Konflikte insbesondere durch die Verkleinerung des Erweiterungsbereiches und die inhaltliche Ausgestaltung des Bebauungsplans in ausreichendem Maß bewältigt werden, so dass keine Bedenken mehr erhoben werden (siehe B), lfd. Nr. 9.1).</p>
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- zur <i>Erhaltung und Entwicklung der typischen und vielgestaltigen land- und forstwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft</i> (§ 26 Abs. 1; Ziff. 2 BNatSchG);</li> <li>- zur <i>Erhaltung und Entwicklung von strukturierenden Landschaftselementen und der Biotopvielfalt</i> (Einzelbäume, Baumreihen, Uferhochstauden, Nassgrünland, Gehölzgruppen, Streuobstwiesen, Altholz, Totholz, Quellen) in einem durch Siedlungsräume sowie Land- und Forstwirtschaft vorgeprägten Landschaftsraum (§ 26 Abs.1, Ziff.1 u. 2 BNatSchG);</li> <li>- zur <i>Erhaltung und Sicherung einiger Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung als Verbindungsflächen sowie mit Verbindungselementen</i> (§ 21 Abs. 1 u. Abs. 3 Ziff. 3; 4 BNatSchG);</li> <li>- zur <i>Erhaltung und zum Schutz der gemäß § 30 BNatSchG i.V. mit § 62 LG NRW geschützten Biotope: Auwälder, seggen- und binsenreiche Nasswiesen, naturnahe Quellbereiche, naturnahe Fließgewässerbereiche</i> (§ 26 Abs. 1; Ziff. 1 BNatSchG).</li> </ul>	
	<p>- Die <u>Bestandsbewertung</u> im rechtskräftigen Bebauungsplangebiet berücksichtigt nicht die Festsetzungen des Sicherheitsstreifens: Dort ist in den textlichen Festsetzungen die Anpflanzung eines gestuften Waldrandes im Anschluss an die Traufkante des vorhandenen Waldbestandes in sechsstufiger Form vorgesehen. Dies entspricht nicht dem Biotoptyp HM 51 Rasen- und Zierpflanzenratten (Wert: 7) sondern dem Biotoptyp, BD 52 Baumhecken im engeren Sinne und Waldränder der Forste mit reichem Baumholz (Wert: 19). Ebenfalls wird kein Ansatz für die durch die Nichtumsetzung verursachte Kompensationsverzögerung vorgenommen.</p> <p>Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass dem Eingriffsverursacher durch den Ansatz des Entwicklungszustandes nach 30 Jahren bereits ein „Kredit“ gewährt wird. Für eine verspätete „Rückzahlung“ in Form der Durchführung der Kompensationsmaßnahmen sind – um im Bild zu bleiben – „Zinsen“ erforderlich.</p> <p>- In der <u>Planungsbewertung</u> werden hingegen für die deutlich</p>	<p><u>Bestandsbewertung</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Der rechtsverbindliche Bebauungsplan trifft folgende textliche Festsetzung:</p> <p>„Der Sicherheitsstreifen zum Schutz des Waldes soll wie folgt bepflanzt werden: Im Anschluss an die Traufgrenze des Waldes folgen nacheinander mit einem Reihenabstand von 2,5 m in der</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Reihe: Hainbuche, Kirsche</li> <li>2. Reihe: Hainbuche, Kirsche</li> <li>3. Reihe: Feldhahorn, Feldulme, Eberesche, Reifweide, Küblerweide</li> <li>4. Reihe: Schwarzer Holunder, Hartriegel, Hasel, Schneeball, Pfaffenhütchen</li> <li>5. Reihe: Felsenbirne, Rosensträucher</li> <li>6. Reihe: Lupine“</li> </ol>

	<p><i>schmäleren neuen Festsetzungen Bewertungen als BA 12 Feldgehölz mit überwiegend standorttypischen Gehölzen (Wert 20) vorgenommen. Die Bewertung als Feldgehölz ist nicht zutreffend und sachgerecht. Auch hier ist maximal der Biotoptyp, BD 52 Baumhecken im engeren Sinne und Waldränder der Forste mit reichem Baumholz (Wert: 19) anzusetzen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>- Weiterhin wird der erhebliche und verschärfte <u>Eingriff durch die erhebliche Überschüttung</u> in den teilversiegelten wie auch insbesondere den nicht befestigten Bereichen nicht berücksichtigt.</i></li> <li><i>- Insgesamt führen die erforderlichen Anpassungen der Bewertungen zu einem höheren Eingriffsumfang.</i></li> <li><i>- Bereits das bislang festgestellte Defizit erfordert Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Gebietes. Bislang liegt noch keine konkrete Planung vor. Sollte jedoch die Planung trotz der unten stehenden erheblichen Bedenken der unteren Naturschutzbehörde fortgeführt werden, wird Wert auf eine Kompensation im räumlich funktionalen Zusammenhang gelegt. Dafür bieten sich zum einen die im Besitz der Stadt Wermelskirchen befindlichen Flächen östlich des Änderungsbereiches vor allem aber der beeinträchtigte Siefen im Westen selbst an.</i></li> <li><i>- Die forstrechtliche Kompensation erfolgt grundsätzlich nicht zusätzlich zur naturschutz- und bodenschutzrechtlichen Kompensation, sondern es werden Maßnahmen angestrebt, die komplementäre Wirkungen für möglichst alle Rechtsbereiche entfalten. Gleichwohl können auch nicht komplementäre Maßnahmen darüber hinaus erforderlich sein. Etwa zugunsten der Beeinträchtigungen des Landschaftswasserhaushaltes.</i></li> </ul>	<p>Dieser festgesetzte Schutzstreifen Wald wird mit einem Biotopwert von 19 berücksichtigt, unabhängig davon, dass die Fläche nicht entsprechend den textlichen Festsetzungen hergestellt wurde. Der rechnerische Unterschied zu einer baulichen Inanspruchnahme der Fläche mit einem Biotopwert von 0 bzw. 3 umfasst die tatsächliche bauliche Inanspruchnahme.</p> <p>Ein zusätzlicher Ansatz für die durch die Nichtumsetzung verursachte Kompensationsverzögerung ist nicht vorgesehen, da die Nichtumsetzung nicht nur den Teil der 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans betrifft.</p> <p>Für den Biotoptyp BA12 (Gehölz(-pflanzung) am Waldrand) außerhalb der Versickerungsanlage ist ein Wert von 18 angesetzt.</p> <p>Die Eingriffe in das Schutzgut Boden werden nach der Methode des Oberbergischen Kreises ermittelt und bewertet. Die notwendigen Anschüttungen können durch eine Verschiebung der geplanten Halle nach Norden deutlich reduziert werden und betragen maximal 2 – 3 m.</p> <p>Lage und Umfang externer Waldersatzflächen und weiterer Ersatzmaßnahmen (Inanspruchnahme Ökokonto) wurden mit den Fachbehörden abgestimmt.</p> <p>Im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt Wermelskirchen und den Planbegünstigten werden Ersatzaufforstungsflächen im Verhältnis 1:1 außerhalb des Plangebietes gesichert. Rund 50 % der entfallenden Waldfläche im Plangebiet (0,9 ha) sollen als Übergangszone zum Wald (Waldsaum) bepflanzt werden.</p>
--	--	--

<p>1.1.6</p>	<p><u>Betroffene Belange, Eingriffsbewertung und Bedenken:</u>  <i>Die Planung steht in Konflikt mit dem Entwicklungsziel 1 in Verbindung mit dem Entwicklungsteilziel 1.1 Erhaltung und Entwicklung von Gewässersystemen mit Auenlandschaft, in den Hangbereichen und Siefentälern zur „Großen Dhünntalsperre“, (Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Laubwäldern sowie Mischwaldbeständen sowie von Landschaftsräumen mit Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen und Tiere, deren Lebensräumen, sowie von Gebieten mit seltenen Böden und als bedeutsamer Biotopverbundraum) sowie den Schutzzielen des Landschaftsschutzgebietes WK_2.2-07 „Seitentäler des Eifgenbaches mit Laubwäldern an den Hängen“.</i>  <i>Dies beruht vor allem auf dem weiteren Vordringen des Siedlungsraumes in die freie Landschaft, welches Begehrlichkeiten hinsichtlich der Nachbarflächen weckt und insbesondere der Inanspruchnahme der Quellmulde des im ehemaligen Staubecken Kovelsberg in den Eifgen mündenden Nebensiefens.</i>  <i>Die Inanspruchnahme erfordert erhebliche Anschüttungen, Stützmauern und Geländemodellierungen in der Quellmulde, die in etwa 2/5 bis 1/2 der Erweiterungsfläche betroffen ist. (Siehe beigefügte Reliefkarte und Höhenprofile).</i>  <i>Vor allem die weitgehende Verfüllung des Quellmuldenkopfes ist kritisch zu beurteilen.</i>  <i>Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind daher erheblich betroffen und führen dazu, dass Bedenken gegen den Erweiterungsteil geltend gemacht werden.</i>  <u>Hinweise und Anregungen:</u>  <i>- Die untere Naturschutzbehörde regt an, auf die Erweiterung des Gewerbegebietes zu verzichten oder zumindestens deutlich auf die flach geneigteren Flächen im Osten außerhalb der Quellmulde zu reduzieren.</i></p>	<p><u>Betroffene Belange, Eingriffsbewertung und Bedenken</u>  <b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Der Ergänzungsbereich liegt im Landschaftsschutzgebiet „Seitentäler des Eifgenbaches mit Laubwäldern an den Hängen“ (L 2.2-07, südlich angrenzend L 2.2-04).</p>  <p>Der „neue“ Siedlungsrand entspricht in seiner südlichen Ausdehnung den westlich angrenzenden Bereichen. Innerhalb des Plangebietes soll ein Waldsaum ausgebildet werden.</p> <p>Durch die Reduzierung der gewerblichen Bauflächen nach den frühzeitigen Beteiligungen konnten die Bedenken ausgeräumt werden. In der parallel aufgestellten 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 20 werden im Übergang zum Wald mindestens 10 Meter breite Pflanzflächen als Waldsaum festgesetzt.</p>
<p>1.2 Artenschutz</p>	<p><u>Greifvogelhorste</u>  <i>Aus der ASP geht nicht hervor, ob Greifvogelhorste in der Umge-</i></p>	<p><u>Greifvogelhorste</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p>



	<p><i>bung, also auch außerhalb des Geltungsbereiches, überprüft wurden. Durch eine Bautätigkeit mit Kran innerhalb der Brutzeit könnte es beispielsweise zur Beeinträchtigung eines etwaig vorkommenden Rotmilanhorstes in 300 m Umgebung kommen. Weiterhin wurde die betroffene Fläche im Oktober überprüft und es wurde erwähnt, dass eine volle Einsichtnahme der betroffenen Bäume auf Grund von teilweiser Belaubung nicht möglich war. Die Aussage, dass eine Betroffenheit von Greifvögeln ausgeschlossen ist, kann nach derzeitigem Kenntnisstand nicht nachvollzogen werden.</i></p> <p><i>Als Auflage:</i></p> <p><i>1. Rodungen von Gehölzen (Bäume, Sträucher, Hecken), welche zur Durchführung des Vorhabens zwingend erforderlich werden, sind vom 01.10. bis 28.02. durchzuführen. Die betroffenen Gehölze sowie Waldflächen in einem 300 m Radius sind zuvor durch einen Sachkundigen auf Greifvogelhorste zu überprüfen. Ergeben sich Hinweise auf Greifvogelhorste ist das weitere Vorgehen zuvor mit dem Veterinäramt (Frau Wildenhues 02202-13 6814 oder Herrn Knickmeier, 02202-13 6798) abzustimmen. Es können weitere Vermeidungsmaßnahmen bzw. Ersatzmaßnahmen erforderlich werden.</i></p> <p><i>2. Alternativ, soweit eine Rodung von Gehölzen vom 01.03. bis 30.09. zwingend notwendig werden sollte, sind betroffene Gehölze maximal eine Woche zuvor auf Hinweise von Vogelnestern und Fledermausquartieren durch einen Sachkundigen zu überprüfen. Hinweise können beispielsweise regelmäßiges An- und Abfliegen von Tieren, Kot- / ggf. auch Urinspuren sein. Werden entsprechende Hinweise festgestellt, so ist das Vorhaben bis auf Weiteres abubrechen und alle Arbeiten sind einzustellen. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Veterinäramt-Artenschutz in jedem Fall vor Beginn der Rodung mit zu teilen.</i></p> <p><i>3. Soweit zukünftig dennoch Gebäude innerhalb des Bebauungsplangebietes beseitigt werden sollen, ist das betroffene Gebäude</i></p>	<p>Es wurde eine Artenschutzprüfung (ASP) vom 16.03.2021 vorgelegt. Am 22.07.22 wurde diese Artenschutzprüfung um die Ergebnisse einer Ende Februar 2022 durchgeführten Kontrolle auf etwaig vorkommende Greifvogelhorste in 300 m Umgebung ergänzt.</p> <p>Aus der ASP geht hervor, dass Ende Februar 2022 keine Greifvogelhorste in 300 m Umgebung vorkommen. Der Wald innerhalb des Plangebietes wurde bereits gerodet.</p> <p>Als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplans wurde aufgenommen, dass Rodungen außerhalb der Vogelbrutzeit erfolgen müssen. Eingriffe in Vegetationsbestände bzw. der Rückbau von Gebäuden innerhalb der Vogelbrutzeit erfordern die Untersuchung auf das mögliche Vorkommen geschützter Arten durch fachkundiges Personal. Ist die Bauzeitenbeschränkung nicht mit dem Bauablauf vereinbar, kann über eine ökologische Baubegleitung sichergestellt werden, dass keine aktuell genutzten Vogel-niststätten im betroffenen Bereich vorkommen. (siehe auch B), lfd. Nr. 9.2)</p>
--	---	---

	<p>zuvor auf Hinweise von Vogelnestern und Fledermausquartieren durch einen Sachkundigen zu überprüfen. Werden entsprechende Hinweise festgestellt, so ist das Vorhaben bis auf Weiteres abbrechen und alle Arbeiten sind einzustellen. Zur Abstimmung des weiteren Vorgehens ist wie unter 1. Kontakt mit dem Veterinäramt aufzunehmen. Es können weitere Vermeidungsmaßnahmen bzw. Ersatzmaßnahmen erforderlich werden.</p> <p>4. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass planungsrelevante Arten sowie sonstige Vogelarten durch Maßnahmen nicht getötet oder beim Fortpflanzungsgeschehen gestört werden.</p> <p>Unter der Voraussetzung der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen ist die Umsetzung der B-Planänderung aus Sicht des Artenschutzes derzeit ohne Bedenken.</p>	
1.3 Beirat der UNB	<p>Die Arbeitsgruppe des Naturschutzbeirates wird die o.g. Planung erst nach Fristende hinreichend erörtern können. Daher erfolgt noch keine Stellungnahme. Sollte sich der Naturschutzbeirat allerdings für eine Stellungnahme entscheiden, so wird der Beirat sie zu gegebener Zeit der Kommune nachreichen.</p>	Siehe Stellungnahme, A), lfd. Nr. 9
1.4 Untere Umwelt-schutzbehörde	<p>Zu der v. g. Maßnahme der Stadt Wermelskirchen werden in was-serwirtschaftlicher, bodenschutzrechtlicher und immissionsschutz-rechtlicher Hinsicht und zu den Belangen der Umweltvorsorge folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise vorgetragen:</p>	
1.4.1	<p><u>Schmutzwasserbeseitigung</u> Eine Beseitigung des anfallenden Schmutzwassers ist durch den Anschluss an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation sicherzu-stellen. Es bestehen keine Bedenken unter dieser Voraussetzung.</p>	<p><u>Schmutzwasserbeseitigung</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>In nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren wird jeweils ein Einleitungsantrag gestellt.</p>
1.4.2	<p><u>Niederschlagswasserbeseitigung</u> Der Nachweis der gemeinwohlverträglichen Niederschlagswasser-versickerung der Einzelbauvorhaben über zwei Bodengutachten liegt vor. Da keine näheren Angaben zu den versiegelten Flächen</p>	<p><u>Niederschlagswasserbeseitigung</u> <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Im Zusammenhang mit konkreten Bauvorhaben werden die je-</p>

	<p><i>erkennbar sind, gehe ich von dem Niederschlagswasser der Dachflächen aus.</i></p> <p><i>Zur Niederschlagswasserentwässerung der Verkehrs- und Hofflächen (Zufahrt und private Hofflächen) liegen keine Angaben vor. Diese Flächen sind zu berücksichtigen und hinsichtlich dem Verschmutzungsgrad ist das Erfordernis einer Niederschlagswasserbehandlung nach Trennerlass zu prüfen.</i></p> <p><i>Aufgrund der Topographie der neuen Flächen rate ich eine Fließweganalyse analog eines Überflutungsnachweises im Starkregenfall in Bezug auf das B-Plan Gebiet durchzuführen, um zu sehen, wie sich die Fließwege entwickeln. Es geht dabei um beide Betrachtungsweisen – Wasser, welches aus dem B-Plan-Gebiet selber kommt und Wasser, welches dem B-Plan-Gebiet von außerhalb zufließt.</i></p> <p><i>In diesem Zusammenhang sind die Entwässerungen der höherliegenden Grundstücke Handelsstraße 14 (Flurstücke: 628, 686, 685 u. 623), Handelsstraße 16 (Flurstück 279) und das Grundstück (Gemarkung: Oberhonnschaft, Flur: 9, Flurstück: 343) zu berücksichtigen.</i></p> <p><u>Hinweis:</u></p> <p><i>Das Grundstück Handelsstraße 18 (Az. 66-11-18-00305-00) und das Grundstück (Gemarkung: Oberhonnschaft, Flur: 9, Flurstücke: 280 u. 342) verfügen über ein gültiges Wasserrecht zur Versickerung des Niederschlagswassers (nur) der Dachflächen. Für die Grundstücke Handelsstraße 14 und 16 besteht kein Wasserrecht zur Versickerung von Niederschlagswasser.</i></p> <p><i>Da weiterhin kein Niederschlagswasserbewirtschaftungskonzept (siehe Stellungnahme B-Plan 20, 2. Änd. + Ergänz. "Industriegebiet Elbringhausen" vom 08.10.2009) unter Berücksichtigung der Aspekte zur Bewertung und Behandlung des Niederschlagswassers der Verkehrs- und Hofflächen nach Trennerlass NRW, der Altlastenproblematik und der Starkregenvorsorge vorliegt, bestehen weiterhin Bedenken.</i></p>	<p>weiligen Niederschlagswasserbeseitigungskonzepte im Zuge wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren mit der Unteren Wasserbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises abschließend abgestimmt.</p> <p>Die vorgelegten Gutachten wurden entsprechend dem Planstand erstellt und müssen bis zur Einreichung der jeweiligen Bauanträge konkretisiert werden. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde nachgewiesen, dass eine Versickerung des Niederschlagswassers auf dem eigenen Baugrundstück möglich ist.</p> <p>Im Plangebiet werden keine Geländehöhen festgesetzt. Insoweit ist eine Fließweganalyse erst auf Grundlage einer konkretisierten Vorhabenplanung möglich. Die Regenspende bei Starkregeneignissen muss auf dem jeweiligen Baugrundstück gefahrlos zurückgehalten werden. Die Bebauungsplanänderung hat zum Ziel, den vorhandenen Betrieben „auf den höherliegenden Grundstücken“ Erweiterungsmöglichkeiten zu eröffnen. Insoweit werden die Baugrundstücke Handelsstraße 14, 16 und 18 nach Süden erweitert. Die Niederschlagswasserbewirtschaftungskonzepte beziehen sich sinnvollerweise dann auf die erweiterten Baugrundstücke mit bestehenden und neu zu errichtenden Gebäuden.</p>
--	---	--

	<i>Nach Vorliegen des Umweltberichtes und Aussagen zur Niederschlagswasserbewirtschaftung und Starkregenvorsorge wird um erneute Beteiligung im weiteren Verfahrensverlauf gebeten.</i>	
1.4.3	<p><u>Immissionsschutz</u>  <i>Die vorhandenen Betriebe (innerhalb des GI) wollen sich nach Süden erweitern.</i>  <i>Für den südlichen Ergänzungsbereich wird ein Gewerbegebiet (GE) festgesetzt. Die geplanten Nutzungen (nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe) sind ihrer Meinung nach gem. § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) allgemein zulässig.</i>  <i>Somit ist davon auszugehen, dass die bestehenden Gewerbebetriebe innerhalb des bestehenden GI ebenfalls nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe sein werden.</i>  <i>Zur besseren Lesbarkeit des BP sowie für die mögliche zukünftige Nutzung von Betrieben gemäß § 9 Baunutzungsverordnung - BauNVO - schlage ich vor, die südliche Fläche ebenfalls als GI auszuweisen.</i></p>	<p><u>Immissionsschutz</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p> <p>Die Festsetzung eines Industriegebietes (GI) wird für den gesamten Änderungsbereich übernommen.</p>
1.4.4	<p><u>Grundwasserbewirtschaftung</u>  <i>Aus Sicht der Grundwasserbewirtschaftung bestehen gegen das o. g. Vorhaben keine Bedenken.</i></p>	<p><u>Grundwasserbewirtschaftung</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
1.4.5	<p><u>Altlasten</u>  <i>Das folgende Grundstück: Gemarkung Oberhonnschaft, Flur 8, Flurstücke 628 und 686 im westlichen Bereich des Änderungsbereiches des Plangebietes ist im Kataster über Altlasten und altlastverdächtige Flächen gem. § 8 Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - LBodSchG - erfasst. Bei der vorliegenden Altlast handelt es sich um Alttablagerungen, die vermutlich aus einem ehemaligen Hammerwerk stammen.</i></p> <p><u>Bodenschutz</u>  <i>Im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplans sollen im Ergänzungsbereich 1,2 ha Wald überplant werden. Insbesondere im Bereich der bebaubaren Flächen werden durch Versiegelung die</i></p>	<p><u>Altlasten</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p> <p>Die genannten Alttablagerungen innerhalb des Geltungsbereichs der 2. Änderung bzw. Ergänzung des Bebauungsplans sind gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB gekennzeichnet. Es sind bereits bebaute Bereiche betroffen. Im Bereich der gekennzeichneten Altlastenverdachtsfläche wurde im Jahr 2003 ein PAK-Schaden im südöstlichen Bereich saniert und dokumentiert. Weitergehende Untersuchungen liegen nicht vor.</p> <p><u>Bodenschutz</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p>

	<p><i>natürlichen Bodenfunktionen vollständig verloren gehen. Maßnahmen zum Schutz des Bodens, zur Vermeidung und zur Kompensation der Auswirkungen auf die Bodenfunktionen sind im weiteren Verfahren zu konkretisieren. Für das Schutzgut Boden ist eine Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage des „Bewertungsverfahrens Boden Modell Oberberg“ durchzuführen.</i></p> <p><i>Aufgrund der topographischen Gegebenheiten im Plangebiet sind enorme Geländemodellierungen erforderlich, zum Teil Aufschüttungen bis 6 m. Diese Arbeiten sind im Vorfeld der Unteren Bodenschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises anzuzeigen. Nach Vorliegen des Umweltberichtes und der Bodenfunktionsbewertung wird um erneute Beteiligung im weiteren Verfahrensverlauf gebeten.</i></p>	<p>Im Ergänzungsbereich (Flurstücke 376 und 377) stockt ein vom Borkenkäfer stark befallener, absterbender beziehungsweise bereits abgestorbener Fichtenbestand. Auf dem Flurstück 377 wurde er bereits gefällt.</p> <p>Die forstrechtliche Kompensation erfolgt grundsätzlich nicht zusätzlich zur naturschutz- und bodenschutzrechtlichen Kompensation, sondern es werden Maßnahmen angestrebt, die komplementäre Wirkungen für möglichst alle Rechtsbereiche entfalten. (siehe lfd. Nr. 1.1.5)</p> <p>Für das Schutzgut Boden wurde eine Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage des „Bewertungsverfahrens Boden Modell Oberberg“ durchgeführt.</p> <p>Sowohl bei Vorhaben im Rahmen von Genehmigungsverfahren als auch bei verfahrensfreien Vorhaben sind die materiellen Anforderungen des Bodenschutzes, hier insbesondere die Regelungen des § 12 BBodSchV von Eigentümern, Nutzern und denjenigen, die Maßnahmen verrichten (z.B. Bauunternehmer) oder durchführen lassen, zu berücksichtigen. In § 2 Abs. 2 des Landesbodenschutzgesetzes (LBodSchG) ist eine Anzeigepflicht gegenüber der zuständigen Bodenschutzbehörde bei größeren Vorhaben mit einer Materialmenge von mehr als 800 m<sup>3</sup> festgelegt, sofern die Maßnahme nicht Gegenstand eines verbindlichen Sanierungsplanes oder einer anderen behördlichen Entscheidung ist, an der die zuständige Bodenschutzbehörde zu beteiligen war.</p> <p>Durch die Verortung von zulässigen Bauvorhaben im Zusammenhang mit dem Gebäudebestand werden voraussichtlich nur Aufschüttungen bis maximal 3 Meter notwendig. Gem. § 2 Abs. 1 BauO NRW sind Aufschüttungen bauliche Anlagen. Veränderungen der Geländeoberfläche dürfen nur genehmigt werden, wenn</p>
--	---	--

		<p>dadurch keine Nachteile für Nachbargrundstücke oder öffentliche Verkehrsflächen entstehen und das Straßen-, Orts- oder Landschaftsbild nicht gestört wird. Gem. § 202 BauGB ist Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.</p> <p>Die untere Bodenschutzbehörde wurde im weiteren Verfahren beteiligt (siehe B), lfd. Nr. 9.3)</p>
1.4.6	<p><u>Kreisstraßen und Verkehr (nach Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde)</u></p> <p>Aus verkehrsrechtlicher Sicht bestehen in Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde keine Bedenken, wenn sichergestellt ist, dass bei den Zufahrten gute Sichtbeziehungen gegeben sind. Diese sollten dauerhaft freigehalten werden. Außerdem muss auf dem Firmengelände ausreichender Platz zum Be- und Entladen zur Verfügung stehen. Durch eine Wendefläche (auf dem Grundstück) oder Nutzung der Zufahrten als Ein-/Ausfahrt muss ein Rückwärtsausfahren auf die Handelsstraße unterbunden werden.</p>	<p><u>Kreisstraßen und Verkehr</u></p> <p><b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Die Erschließung erfolgt über die Handelsstraße. Auf den Baugrundstücken können Wendemöglichkeiten vorgesehen werden, so dass ein Rückwärtsausfahren auf die Handelsstraße vermieden werden kann. Die Hinweise betreffen aber keine Regelungsinhalte des Bebauungsplans.</p>
1.4.7	<p><u>Brandschutz</u></p> <p>Für das o.a. Vorhaben ist eine Löschwassermenge von 3.200 l/min über einen Zeitraum von zwei Stunden sicher zu stellen. Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen soll in einer Entfernung von max. 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. Entnahmestellen mit 400 l/min (24 m³/h) sind vertretbar, wenn die gesamte Löschwassermenge des Grundschutzes in einem Umkreis (Radius) von 300 m aus maximal 2 Entnahmestellen sichergestellt werden kann.</p> <p>Wenn Gebäude ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, sind Feuerwehrezufahrten</p>	<p><u>Brandschutz</u></p> <p><b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Brandschutzrechtliche Anforderungen werden im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft.</p>

	<p>und Feuerwehrebewegungsflächen zu planen. Erforderlichenfalls sind Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge vorzusehen. Einzelheiten können mit der Brandschutzdienststelle abgestimmt werden.</p> <p>Zufahrt- und Aufstellmöglichkeiten für Feuerwehr und Rettungsdienst auf dem Gelände sind entsprechend den Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr zu berücksichtigen.</p>	
<b>2</b>	<p>Der <b>Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 07.04.2021 Stellung genommen:</p>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
2.1	<p><u>Ersatzaufforstungen</u></p> <p>Aus forstlicher Sicht bestehen gegen den Planentwurf Bedenken. Konkret richten sich die Bedenken gegen die noch unzureichende Beschreibung der notwendigen Ersatzaufforstungen.</p> <p>Mit Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 20 wird die dauerhafte Umwandlung von 11.590 m<sup>2</sup> Wald vorbereitet.</p> <p>Sowohl in der Begründung als auch im landschaftspflegerischen Fachbeitrag wird auf die Notwendigkeit einer Ersatzaufforstung hingewiesen, ohne abschließende Festsetzungen zu treffen.</p> <p>Die Bedenken gelten erst dann als ausgeräumt, wenn Ersatzaufforstungsflächen, Baumarten und Pflanzverbände benannt und die Kompensation abschließend geregelt worden ist.</p>	<p><u>Ersatzaufforstungen</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wurde gefolgt</b> (siehe B), lfd. Nr. 6).</p> <p>Im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt Wermelskirchen und den Planbegünstigten werden Ersatzaufforstungsflächen gesichert.</p> <p>Es werden rund 0,8 ha Waldfläche im Plangebiet dauerhaft umgewandelt.</p> <p>Gleichzeitig kann der bisher festgesetzte, aber nicht umgesetzte Sicherheitsstreifen zum Schutze des Waldes fast vollständig im Plangebiet als Fläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB neu ausgebildet werden.</p>
<b>3</b>	<p>Der <b>Wupperverband</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 26.04.2021 Stellung genommen:</p>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
3.1	<p><u>Kompensation für Fichtenforst</u></p> <p>Die vorliegende Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans bzw. Flächennutzungsplans hat die Schaffung von Planrecht für die Erweiterung der bestehenden gewerblichen Gebäude zum Ziel.</p> <p>Von Seiten des Wupperverbands begrüßen wir die Verkleinerung des ursprünglichen Erweiterungsgebietes, welches zum Zeitpunkt des letzten Beteiligungsverfahrens im Jahr 2009 einen deutlich größeren Bereich umfasste.</p>	<p><u>Kompensation für Fichtenforst</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wurde gefolgt</b> (siehe A), lfd. Nr. 2.1).</p>

	<p><i>Dennoch ist auch im Zuge der aktuellen Planung ein Verlust von Naturflächen zu verzeichnen. Da es sich hierbei jedoch um einen nicht standortgerechten Fichtenforst handelt, könnte im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichs-Regelung ein Ausgleich an anderer Stelle mit angepasster Biotopstruktur eine gute Kompensation darstellen.</i></p>	
3.2	<p><u>Wasserrechtliche Genehmigungsverfahren</u>  <i>Es wird darum gebeten, den Wupperverband bei allen zukünftigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren (geplante Versickerungsanlage für das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen der Gewerbegebäude und sonstige Entwässerung) zu beteiligen.</i></p>	<p><u>Wasserrechtliche Genehmigungsverfahren</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Das Niederschlagswasserbeseitigungskonzept wird im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens bzw. des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens mit der Unteren Wasserbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises abschließend abgestimmt. Der Wupperverband wird beteiligt.</p>
3.3	<p><u>Dachbegrünung</u>  <i>Des Weiteren wird angeregt zu prüfen, ob eine Dachbegrünung die Rückhaltung des anfallenden Niederschlagswasser unterstützen könnte und zusätzlich die visuelle Beeinträchtigung der auf dem terrassierten Gelände stehenden Gebäuden reduzieren könnte.</i></p>	<p><u>Dachbegrünung</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Eine Dachbegrünung ist aufgrund der großen Dachflächen und damit Dachlasten nicht verbindlich festgesetzt. Im Rahmen nachfolgender Baugenehmigungsverfahren kann die Herstellung einer Dachbegrünung geprüft werden.</p>
3.4	<p><u>Auswirkungen auf umliegende Gewässer</u>  <i>Zusätzlich wird um Einsicht des im weiteren Verfahren zu erstellenden Umweltberichtes gebeten. Eine Beurteilung der möglichen Auswirkungen auf die umliegenden Gewässer ist für uns relevant, da das Erweiterungsgebiet im Einzugsbereich der Quellläufe mehrerer kleiner Gewässer liegt (Schwellbach, Kovelsberger Bach und indirekt Huferbach (Eifgebach) sowie Wirtsmühlenbach), die die Wasserkörper Eifgenbach / Dhünn speisen.</i></p>	<p><u>Auswirkungen auf umliegende Gewässer</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p> <p>Im weiteren Verfahren wurde ein Umweltbericht erstellt (siehe B), lfd. Nr. 11).</p>



<b>4</b>	Der <b>Landschaftsverband Rheinland</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 28.04.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
4.1	<u>Bodendenkmalschutz</u> Auf Basis der derzeit für das Plangebiet verfügbaren Unterlagen sind keine Konflikte zwischen der Planung und den öffentlichen Interessen des Bodendenkmalschutzes zu erkennen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass Untersuchungen zum Ist-Bestand an Bodendenkmälern in dieser Flächen nicht durchgeführt wurden. Von daher ist diesbezüglich nur eine Prognose möglich.	<u>Bodendenkmalschutz</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
4.2	<u>Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern</u> Es wird auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NRW (Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) verwiesen und darum gebeten, folgenden Hinweis in die Planunterlagen aufzunehmen:  Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, 51491 Overath, Tel.: 02206/9030-0, Fax: 02206/9030-22, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.	<u>Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b> Es ist folgender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen: „Auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NRW (Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) wird hingewiesen. Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, 51491 Overath, Tel.: 02206/9030-0, Fax: 02206/9030-22, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.“  Im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB (siehe B), lfd. Nr. 4) wurde eine Anpassung des Hinweises angeregt.
<b>5</b>	Die <b>Industrie- und Handelskammer zu Köln</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 26.04.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
5.1	<u>Arrondierung des Gewerbegebietes "Elbringhausen"</u> Die Industrie- und Handelskammer zu Köln begrüßt die 31. Ände-	<u>Arrondierung des Gewerbegebietes "Elbringhausen"</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

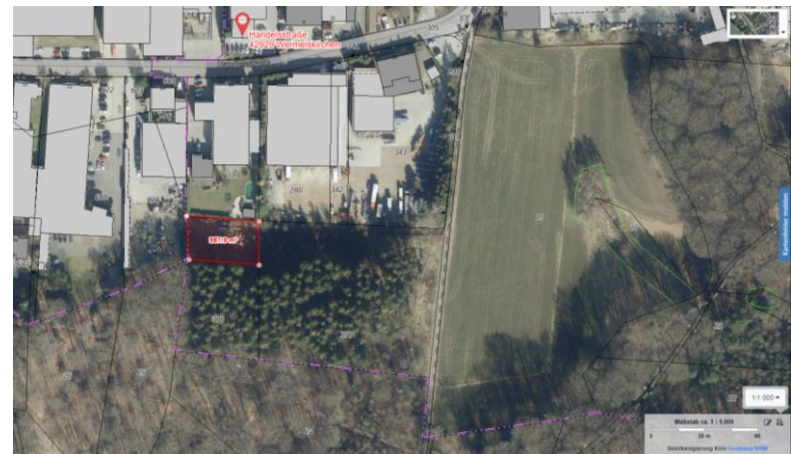
	<p><i>rung des Flächennutzungsplanes "Industriegebiet Elbringhausen" sowie die Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 20 "Industriegebiet Elbringhausen" ausdrücklich, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Arrondierung des Gewerbegebietes "Elbringhausen" zu schaffen. Dadurch können den bestehenden Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und so deren Standorte gesichert wird.</i></p>	
5.2	<p><u>Einzelhandel</u>  <i>Es wird empfohlen, auf Ebene des Bebauungsplanes Aussagen zum Einzelhandel zu treffen (z. B. Annexhandel).</i></p>	<p><u>Einzelhandel</u>  <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p> <p>Einzelhandelsbetriebe mit nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimenten werden im festgesetzten Baugebiet ausgeschlossen. Großflächige Einzelhandelsbetriebe sind innerhalb des Industriegebietes nicht zulässig. Insofern sind keine negativen Auswirkungen auf die zentralen Versorgungsbereiche der Gemeinde bzw. der Nachbargemeinden zu erwarten.</p>
6	<p>Die <b>Vodafone NRW GmbH</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 26.04.2021 Stellung genommen:</p>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<p><i>Gegen die Planung bestehen keine Einwände.  Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.</i></p>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
7	<p>Die <b>PLEdoc GmbH</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 26.03.2021 Stellung genommen:</p>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<p><i>Im Plangebiet sind keine von der PLEdoc verwalteten Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber betroffen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen</i></li> <li>• <i>Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen</i></li> <li>• <i>Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg</i></li> <li>• <i>Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen</i></li> </ul>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen</li> <li>• Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH &amp; Co. KG (NETG), Dortmund</li> <li>• Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen</li> <li>• GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH &amp; Co. KG, Straelen (hier Solotrasse in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)</li> </ul>	
7.2	<p><u>Externe Ausgleichsflächen</u></p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen ist den Unterlagen zu entnehmen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit der durch die PLEdoc GmbH verwalteten Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Es wird um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren gebeten.</p>	<p><u>Externe Ausgleichsflächen</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wurde gefolgt</b> (siehe B), lfd. Nr. 2.2).</p> <p>Der PLEdoc GmbH wurden die geplanten externen Ausgleichsflächen (Waldersatzflächen) zur Kenntnis gegeben.</p>
7.3	<p><u>Erneute Abstimmung</u></p> <p>Maßgeblich für die Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p>Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit der PLEdoc GmbH.</p>	<p><u>Erneute Abstimmung</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p> <p>Die PLEdoc GmbH wird im weiteren Verfahren beteiligt.</p>
8	Der <b>Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 22.03.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	Der Wasserverband ist von der genannten Bebauungsplanänderung nicht betroffen.	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

9	Der <b>Beirat der Unteren Naturschutzbehörde</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 22.06.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
9.1	<u>Anschüttungen</u> <i>Der Naturschutzbeirat teilt ausdrücklich die erheblichen Bedenken, die die Untere Naturschutzbehörde u. a. hinsichtlich Ausmaß der Anschüttung und Höhe von acht Metern sowie Eingriff in den Wasserhaushalt geäußert hat.</i>	<u>Anschüttungen</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>  Die zum Zeitpunkt der frühzeitigen Beteiligungen geplanten Anschüttungen wurden deutlich reduziert (siehe A), lfd. Nr. 1.1).
9.2	<u>Landesplanerische Anfrage / Wald erhalten</u> <i>Angesichts der 13 Jahre zurückliegenden Anfrage zur Anpassung an die Landesplanung stellt sich dem Beirat die Frage, ob bei einer aktuellen Anfrage diese Anpassung in der vorliegenden Größenordnung bei Aufgabe von Wald noch einmal erteilt werden würde. Der Naturschutzbeirat sieht den Verlust von Wald angesichts des Verlustes innerhalb der letzten drei Jahre ausgesprochen kritisch, zumal Flächen für eine Neuaufforstung kaum zur Verfügung stehen, da es auch landwirtschaftliche Flächen nicht beliebig gibt. Insofern sollte das oberste Ziel lauten, Wald zu erhalten.</i>	<u>Landesplanerische Anfrage / Wald erhalten</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>  Im Erweiterungsbereich stockt ein vom Borkenkäfer stark befallener, absterbender beziehungsweise bereits abgestorbener Fichtenbestand. Auf dem östlichen Flurstück wurde er bereits gefällt (Siehe lfd. Nr. 1.1). Mit Schreiben vom 12.01.2023 teilt die Bezirksregierung Köln mit, dass keine raumordnerischen Bedenken erhoben werden, sofern der Träger der Landschaftsplanung im weiteren Verfahren keinen Widerspruch einlegt. Mit Schreiben vom 03.04.2023 teilt die Untere Naturschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen-Kreises mit, dass die Konflikte insbesondere durch die Verkleinerung des Erweiterungsbereiches und die inhaltliche Ausgestaltung des Bebauungsplans in ausreichendem Maße bewältigt werden, so dass keine Bedenken mehr erhoben werden (siehe B), lfd. Nr. 9.1).
9.3	<u>Ausbildung eines 35 m breiten Waldsaums</u> <i>Deshalb plädiert der Naturschutzbeirat nachdrücklich dafür, das Gebiet erheblich zu reduzieren und einen Pufferstreifen als mindestens 35 Meter breiten gestuften Waldsaum im Übergang zum südlich angrenzenden Laubwald anzupflanzen.</i>	<u>Ausbildung eines 35 m breiten Waldsaums</u> <b>Der Stellungnahme wurde teilweise gefolgt.</b>  Zur südlichen Plangebietsgrenze wird ein mindestens 10 - 25 Meter breiter Waldsaum im Plangebiet gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB festgesetzt.
9.4	<u>Ausbildung der Böschungen</u> <i>Dieser Waldsaum kann aber nicht auf einer bis zu acht Meter ho-</i>	<u>Ausbildung der Böschungen</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>

	<i>hen Böschung erstellt werden, was bedeutet, dass die Böschung aufgrund einer Terrassierung des Geländes erheblich niedriger und flacher auslaufend erstellt werden muss.</i>	Durch die Verortung von zulässigen Bauvorhaben im Zusammenhang mit dem Gebäudebestand werden voraussichtlich nur Aufschüttungen bis maximal 3 Meter notwendig.
9.5	<u>Erschließung</u> <i>Der rückwärtige südliche Bereich muss aus dem Bestand heraus erreicht werden. Eine etwaige Erschließung über den zum Wald führenden Wirtschaftsweg scheidet grundsätzlich aus, da das angrenzende ziemlich steil abfallende Wiesenland durch seine Topographie und die charakteristischen Siefenköpfe erhaltenswerter Teil der bergischen Kulturlandschaft ist.</i>	<u>Erschließung</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>  Eine Erschließung über den vorhandenen Wirtschaftsweg ist nicht geplant.
9.6	<u>Landschaftsbild</u> Schon jetzt ist das Landschaftsbild durch die erheblichen Böschungen nachhaltig gestört; von einer Einbindung der Bauten und Lagerplätze in die Landschaft kann nicht die Rede sein. Auch die geforderten Ausgleichsmaßnahmen sind nie umgesetzt worden, so dass weitere Eingriffe, wie sie im Planverfahren skizziert werden, nicht zur Verbesserung beitragen, sondern die festzustellende nachhaltige Schädigung noch weiter verstärken.	<u>Landschaftsbild</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>  Die geplante Halle soll in die vorhandene Topographie eingebunden werden: Während der obere Abschluss der geplanten Halle „bergseitig“ nur ca. 6,5 Meter über Gelände in Erscheinung tritt, kann die „talseitige“ Fassade bis zu 12,50 Meter über Gelände in Erscheinung treten. Die „Talseite“ wird durch den angrenzenden Waldsaum bzw. südlich anschließenden Wald „abgeschirmt“.

ÄMTERBETEILIGUNG		
10-1	Das <b>Bauordnungsamt</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 24.03.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
10.1.1	<u>Bautätigkeit im Außenbereich</u> <i>Das Flurstück 376 liegt vollständig im Geltungsbereich des Bebauungsplans. Das Problem der Bautätigkeit im Außenbereich ist damit beseitigt.</i>	<u>Bautätigkeit im Außenbereich</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>  Das Flurstück 376 liegt nicht mehr vollständig im Geltungsbereich der 2. Änderung bzw. Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 20.
10.1.2	<u>Bauliche Anlagen außerhalb überbaubarer Flächen</u>  <i>Die in der Akte vorhandenen Fotos der errichteten baulichen Anlagen Lagerplatz, Abstellplatz für Container und großes Gartenhaus sind bezüglich der Lage dieser Anlagen auf dem Grundstück leider nicht eindeutig. Es wird davon ausgegangen, dass diese Anlagen innerhalb der neuen überbaubaren Fläche liegen.</i>	<u>Bauliche Anlagen außerhalb überbaubarer Flächen</u> <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b>  Die baulich in Anspruch genommenen Flächen sind Teil des Baugebietes. Parallel zur südlichen Geltungsbereichsgrenze ist eine mindestens 10 Meter breite Fläche als Waldsaum auszubilden. Das Gartenhaus liegt innerhalb der überbaubaren Fläche.



<b>10-2</b>	Der <b>Städtische Abwasserbetrieb (SAW)</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 07.04.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
10.2.1	<u>Entwässerung</u> <i>Seitens des technischen Bereichs des SAW bestehen gegen die 31. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wermelskirchen „Industriegebiet Elbringhausen“ keine grundsätzlichen Bedenken.</i>	<u>Entwässerung</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
10.2.2	<u>Erschließung</u> <i>Es sollte allerdings eindeutig darauf hingewiesen werden, dass die komplette Erschließung von der Handelsstraße aus über private Grundstücke erfolgen muss. Der Wirtschaftsweg an der östlichen Plangebietsgrenze darf nicht als Erschließung für das geplante Gewerbegebiet dienen. Es wird gebeten, diese Aussage im Verfahren mit aufzunehmen.</i>	<u>Erschließung</u> <b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b>  Eine Erschließung über den vorhandenen Wirtschaftsweg ist nicht geplant.
<b>10-3</b>	Die <b>Kämmerei (Liegenschaften)</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 14.04.2021 Stellung genommen:	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<u>Pflege private Grünfläche</u> <i>Der neben dem Plangebiet verlaufende städtische Weg (Erschließungsfunktion) muss nutzbar gehalten werden. Dies ist bei der Pflege der privat anzulegenden Grünfläche zu berücksichtigen.</i>	<u>Pflege private Grünfläche</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

**B) Im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der parallelen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachte Bedenken, Anregungen und Hinweise**

Lfd. Nr.	Schreiben / Inhalt	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
<b>1</b>	<i>Der <b>Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 07.03.2023 Stellung genommen.</i>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<i>Die Interessen des Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper werden durch die Planung nicht berührt.</i>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>2</b>	<i>Die <b>OGE PLEDOC Netzauskunft</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 08.03.2023 Stellung genommen.</i>	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
2.1	<p><i>Die durch die PLEDOC GmbH verwalteten Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber werden von der geplanten Maßnahme nicht betroffen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>• OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen</i></li> <li><i>• Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen</i></li> <li><i>• Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg</i></li> <li><i>• Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen</i></li> <li><i>• Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen</i></li> <li><i>• Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH &amp; Co. KG (NETG), Dortmund</i></li> <li><i>• Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen</i></li> <li><i>• Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn</i></li> </ul>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
2.2	<p><u>Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen</u></p> <p><i>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompen-</i></p>	<p><u>Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b></p>



	<p>sationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p>	<p>Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen wurden im Rahmen eines landschaftspflegerischen Fachbeitrags ermittelt und im Rahmen des Umweltberichts beschrieben.</p>
2.3	<p><u>Erneute Abstimmung</u></p> <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	<p><u>Erneute Abstimmung</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Die Beteiligung im Rahmen dieses Bebauungsplanverfahrens ist abgeschlossen.</p>
3	<p>Die <b>Stadt Remscheid</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 10.03.2023 Stellung genommen.</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung</p>
	<p>Von Seiten der Stadt Remscheid bestehen keine Bedenken.</p>	<p><b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
4	<p>Die <b>untere Denkmalbehörde und das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 16.03.2023 Stellung genommen.</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung</p>
	<p><u>Bodendenkmalschutz</u></p> <p>Die Stellungnahme aus 2021 wird aus fachlicher Sicht aufrechterhalten. Aufgrund der Neufassung des Denkmalschutzgesetzes zum 01.06.2022 sollte allerdings Formulierung und Rechtsgrundlage angepasst werden.</p> <p>Auf Basis der derzeit für das Plangebiet verfügbaren Unterlagen sind keine Konflikte zwischen der Planung und den öffentlichen Interessen des Bodendenkmalschutzes zu erkennen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass Untersuchungen zum Ist-Bestand an Bodendenkmälern in dieser Fläche nicht durchgeführt wurden. Von daher ist diesbezüglich nur eine Prognose möglich.</p>	<p><u>Bodendenkmalschutz</u></p> <p><b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Es wird folgender Hinweis in den Textteil des Bebauungsplans aufgenommen:</p> <p>„Auf die Bestimmungen des § 16 DSchG NRW wird hingewiesen. Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, <b>Außenstelle Overath, Gut Eichthal, 51491 Overath, Tel.: 02206/9030-0, Fax: 02206/9030-22</b>, unverzüglich zu informieren. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der/die Eigentümer*in, die Person, die das Grundstück besitzt, der/die Unternehmer*in und der/die Leiter*in der Arbeiten.</p>

	<i>Es ist deswegen auf die Bestimmungen des § 16 Denkmalschutzgesetz NRW (Entdeckung von Bodendenkmälern) zu verweisen.</i>	Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen.“
<b>5</b>	<b>Die untere Denkmalbehörde und das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 28.03.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<i>Weder Bau- noch Bodendenkmäler sind durch die Aufstellung des FNP bzw. des B-Plans betroffen. Hinsichtlich eventueller Funde sind die Angaben aus der Stellungnahme des LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland aus 2021 zwingend zu übernehmen.</i>	<b>Der Stellungnahme wird gefolgt</b> (siehe A), lfd. Nr. 4 und B), lfd. Nr. 4).  Aufgrund der Neufassung des Denkmalschutzgesetzes zum 01.06.2022 wurde der Hinweis bezüglich Bodendenkmäler angepasst.
<b>6</b>	<b>Der Landesbetrieb Wald und Holz</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 21.03.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<i>Aus forstlicher Sicht bestehen gegen den o. g. Planentwurf, da die Belange des Waldes berücksichtigt sind, keine Bedenken.  Anregungen oder Hinweise werden nicht gegeben.</i>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>7</b>	<b>Die Stadt Hückeswagen</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 29.03.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<i>Seitens der Schloss-Stadt Hückeswagen bestehen zum benannten Planverfahren keine Bedenken.</i>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>8</b>	<b>Dier BEW Bergische Energie- und Wasser GmbH</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 30.03.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<i>Seitens der BEW bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. des Bebauungsplanes.</i>	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>9</b>	<b>Der Rheinisch-Bergische Kreis</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 03.04.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
9.1 Natur- und Landschaftsschutz (Amt 67)	<u>Sicherheitsstreifen Wald</u> <i>Das bestehende Gewerbegebiet ist durch große Hallen, großflächige Hof- und Lagerflächen und Häuser mit Betriebswohnungen</i>	<u>Sicherheitsstreifen Wald</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

	<p><i>geprägt. Die im rechtskräftigen Bebauungsplan vorgesehenen Bepflanzungen im Sicherheitsstreifen wurden nicht realisiert.</i></p> <p><u>Ergänzungsbereich</u>  <i>Zum Ergänzungsbereich wird der durch Anschüttungen entstandene Höhenversprung durch Böschungen überwunden. Im westlichen Bereich wurde zwischen 2003 und 2007 der gewerbliche Bereich bereits in den Wald hinein erweitert. Im Erweiterungsbereich stockte ein vom Borkenkäfer stark befallener, absterbender beziehungsweise bereits abgestorbener Fichtenbestand. Auf dem östlichen Flurstück wurde er bereits gefällt. Das westliche Flurstück ist südlich, unterhalb des Böschungsfußes nicht mehr Gegenstand des Änderungsbereiches.</i></p> <p><i>Das Gelände im Erweiterungsbereich fällt im Mittel um fünf Meter nach Süden hin ab.</i></p> <p><i>Die westlichen Teile des östlichen Flurstückes sind Bestandteil der Quellmulde des im Bereich des ehemaligen Staubeckens Kovelsberg in den Eifgen mündenden Nebenbaches. Der Quellaustritt liegt etwa 74 Meter südlich unterhalb des Erweiterungsbereiches. Außerhalb des Erweiterungsbereiches stellt sich der Waldbestand als älterer Hallenbuchenwald mit viel Ilex im Unterstand dar. Nur am Weg im Osten befindet sich eine jüngere Laubholzaufforstung.</i></p> <p><u>Eingriffsbeschreibung</u>  <i>Die Planung sieht vor das Industriegebiet nach Süden zu erweitern. Die überbaubare Grundfläche wird im Westen im bestehenden Geltungsbereich auf die Landschaftsschutzgebietsgrenze und im Osten darüber hinaus um 28,5 m in der Tiefe erweitert. Die Festsetzung Grundflächenzahl: 0,8 bleibt erhalten. Hinzukommen die Festsetzungen der Baumassenzahl (6,0) und der maximalen Gebäudehöhe auf 315,5 m ü. NHN. Das Gewerbegebiet wird rand-</i></p>	<p>Der planungsrechtlich festgesetzte „Sicherheitsstreifen zum Schutze des Waldrandes“ ist im Bereich der Bebauungsplanänderung rund 30 – 35 Meter breit. Die vorgesehene Bepflanzung wurde nicht angelegt, sondern als Lager- und Stellplatzflächen genutzt. Im Übergang zum Wald sind Böschungen vorhanden. Der bisher festgesetzte Sicherheitsstreifen soll im Rahmen der Bebauungsplanänderung in die überbaubaren Grundstücksflächen integriert werden (Änderungsbereich). Dieser Eingriff wurde im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung berücksichtigt.</p> <p><u>Ergänzungsbereich</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Nach der frühzeitigen Beteiligung wurde der südwestliche Teilbereich des Flurstücks 376 aus dem Geltungsbereich der 2. Änderung und Ergänzung ausgenommen und bleibt als Waldfläche erhalten. Das Flurstück 377 soll künftig als Waldbereich entfallen. Im Übergang zum Wald soll im Plangebiet ein Waldsaum in einer Breite von 10 – 30 m angelegt werden. Das sensible Umfeld der Quellmulde des im Bereich des ehemaligen Staubeckens Kovelsberg in den Eifgen mündenden Nebenbaches wird durch die Beschränkung des Erweiterungsbereichs auf das Flurstück 376 tlw. bzw. 377 berücksichtigt.</p> <p><u>Eingriffsbeschreibung</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die baulich in Anspruch genommenen Bereiche im bisher als Waldsaum festgesetzten Bereich werden in die überbaubaren Flächen miteinbezogen. Zusätzlich soll das vorhandene Industriegebiet im Bereich der Flurstücke 376 tlw. und 377 nach Süden erweitert werden.</p>
--	--	---

	<p><i>lich mit einer Anpflanzungsfläche eingefasst. Entlang der Straßen und des Wirtschaftsweges ist eine schmale private Grünfläche vorgesehen.</i></p> <p><i>Die Planung führt neben den Überbauungen und (Teil-) Versiegelungen zu Geländemodellierungen von bis zu 2 Metern Höhe.</i></p> <p><i>Die Standorte im Erweiterungsbereich verlieren ihre Funktionen im Naturhaushalt und als Lebensraum vollständig.</i></p> <p><i>Neben den Böschungen wirken sich auch die geplanten Gebäude mit Höhen von 12,50 Metern (Südseite) auf das Landschaftsbild aus.</i></p> <p><i>Bau- und betriebsbedingte Wirkungen kommen hinzu. Hier ist vor allem an Lärm- und Lichtemissionen mit negativen Effekten auf die Fauna der angrenzenden Waldbereiche zu rechnen.</i></p> <p><i>Weiterhin wird mit der Erweiterung der bisherige Siedlungsabschluss nach Süden aufgebrochen und eine negative Vorbildwirkung, insbesondere für die westlich angrenzenden Waldflächen geschaffen.</i></p> <p><i>Der Landschaftspflegerische Fachbeitrag wird im Ergebnis mitgetragen.</i></p> <p><i>Weiterhin liegt ein Umweltbericht der Stadt in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro und Landschaftsarchitektur Dipl.-Ing. Ilona Haacken, Landschaftsarchitektin AKNW, Gertrudisstr. 18, 42651 Solingen vom November 2022 vor.</i></p> <p><i>Hierzu werden folgende Anmerkungen gemacht:</i></p> <p><i>Die Aussage Die Umsetzung des Bebauungsplan Nr. 20 „Industriegebiet Elbringhausen“ 2. Änderung und Ergänzung verursacht Eingriffe in Natur und Landschaft, die durch Kompensationsmaßnahmen (Ökokonto) ausgleichbar und daher nicht erheblich sind. (Seite 15) ist so nicht zutreffend. Wenn die Eingriffe nicht erheblich wären, bräuchten sie nicht kompensiert zu werden. Weiterhin haben die gewählten Kompensationsmaßnahmen und der Ankauf</i></p>	<p>Zur Höhenlage des Baugebietes trifft der rechtsverbindliche Bebauungsplan keine Festsetzung. Südlich der geplanten Halle im Bereich des Flurstücks 377 soll das Gelände um ca. 2 Meter auf 303 m ü. NHN angeschüttet werden. Die vorhandene Topographie soll ausgeglichen werden, um insbesondere südlich einer neuen Halle notwendige Stell- und Lagerflächen errichten zu können. Neben der Festsetzung einer maximalen Baumassenzahl wird eine maximale Gebäudehöhe von 315,5 m ü. NHN festgesetzt.</p> <p>Die geplanten Vorhaben wurden im Vergleich zum Stand der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB deutlich reduziert: Als Übergang zum Wald ist eine Fläche gem. § 9 Abs. 25 a BauGB festgesetzt. Zwischen überbaubarer Fläche bzw. für versiegelte Flächen nutzbaren Bereichen und Wald bleibt ein Mindestabstand von 20 m. Die notwendigen Anschüttungen können durch eine Verschiebung der überbaubaren Flächen nach Norden deutlich reduziert werden und betragen maximal 3 m.</p> <p>Die Festsetzung der privaten Grünfläche wird grundsätzlich aus dem Ursprungsbebauungsplan übernommen, jedoch entsprechend der tatsächlichen Bebauung als straßenparallele Fläche zwischen Straßenbegrenzungslinie und überbaubarer Grundstücksfläche straßenseitig festgesetzt und entlang des vorhandenen Wirtschaftsweges fortgeführt.</p> <p>Die Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 20 „Industriegebiet Elbringhausen“ 2. Änderung und Ergänzung verursacht Eingriffe in Natur und Landschaft, die durch Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereichs nicht vollständig ausgeglichen werden können. Insoweit werden zusätzlich Ersatzmaßnahmen (Waldersatzflächen, Inanspruchnahme Ökokonto) außerhalb des Plangebietes umgesetzt und über einen städtebaulichen Vertrag zwischen der</p>
--	---	--

	<p><i>von Ökopunkten den Status von Ersatzmaßnahmen nicht von Ausgleichsmaßnahmen, da zwar die Funktion gewahrt bleibt, jedoch der räumliche Bezug zum Eingriffsstandort fehlt. Hinsichtlich der zusätzlichen Bau-, Versiegelungs- und Geländemodellierungsflächen auf Waldstandorten ist von einem erheblichen Eingriff in den Boden und die Lebensraumfunktion auszugehen. Insoweit sind erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (≠ Artenschutz!) gegeben.</i></p> <p><i>Bezüglich des Flächenverbrauchs (S. 23) wird darauf hingewiesen, dass Flächenverbrauch eine Tatsache ist, welche nur durch Renaturierung von bebauten und/oder versiegelten Flächen in Teilen und nur langfristig rückgängig gemacht werden kann. Kompensationsmaßnahmen mildern nur die Folgen ab, in dem andere Flächen im Hinblick auf den Naturhaushalt und die Lebensraumfunktion aufgewertet werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die langen Zeiträume der Bodenentwicklung beziehungsweise, die benötigt werden um Lebensgemeinschaften wiederherzustellen, hingewiesen.</i></p> <p><u><i>Betroffene Belange, Eingriffsbewertung und Bedenken:</i></u>  <i>Die Planung steht in Konflikt mit dem Entwicklungsziel 1 in Verbindung mit dem Entwicklungsteilziel 1.1 Erhaltung und Entwicklung von Gewässersystemen mit Auenlandschaft, in den Hangbereichen und Siefentälern zur „Großen Dhünntalsperre“, (Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Laubwäldern sowie Mischwaldbeständen sowie von Landschaftsräumen mit Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen und Tiere, deren Lebensräumen, sowie von Gebieten mit seltenen Böden und als bedeutsamer Biotopverbundraum) sowie den Schutzzielen des Landschafts-schutzgebietes WK_2.2-07 „Seitentäler des Eifgenbaches mit Laubwäldern an den Hängen“.</i>  <i>Dies beruht vor allem auf dem weiteren Vordringen des Siedlungs-</i></p>	<p>Stadt Wermelskirchen und den Planbegünstigten gesichert.</p> <p>Der zusätzliche Flächenverbrauch ist quantitativ im Verhältnis zum Ursprungsbebauungsplan nicht erheblich. Eingriffe in den Boden können innerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden.</p> <p><u><b>Betroffene Belange, Eingriffsbewertung und Bedenken:</b></u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Der Konflikt mit dem Entwicklungsziel 1 in Verbindung mit dem Entwicklungsteilziel 1.1 Erhaltung und Entwicklung von Gewässersystemen mit Auenlandschaft, in den Hangbereichen und Siefentälern zur „Großen Dhünntalsperre“, (Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Laubwäldern sowie Mischwaldbeständen sowie von Landschaftsräumen mit Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen und Tiere, deren Lebensräumen, sowie von Gebieten mit seltenen Böden und als bedeutsamer Biotopverbundraum) sowie den Schutzzielen des Landschafts-schutzgebietes WK_2.2-07 „Seitentäler des Eifgenbaches mit</p>
--	--	---

	<p><i>raumes in die freie Landschaft, welches Begehrlichkeiten hinsichtlich der Nachbarflächen weckt.</i></p> <p><i>Die Konflikte konnten jedoch zwischen der Frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung, insbesondere durch die Verkleinerung des Erweiterungsreiches und die inhaltliche Ausgestaltung der Planung in ausreichendem Maße bewältigt werden, so dass keine Bedenken gegen die Planung mehr erhoben werden.</i></p> <p><u>Kompensation im räumlich funktionalen Zusammenhang</u>  <i>Es wird weiterhin Wert auf eine Kompensation im räumlich funktionalen Zusammenhang gelegt. Dafür bieten sich zum einen die im Besitz der Stadt Wermelskirchen befindlichen Flächen östlich des Änderungsbereiches vor allem aber der beeinträchtigte Siefen im Westen selbst an.</i></p> <p><i>Auf die Anmerkungen zum Umweltbericht wird seitens der unteren Naturschutzbehörde hingewiesen.</i></p> <p><u>insekten-, fledermaus- und vogelverträglichen Außenbeleuchtung</u>  <i>Es wird weiterhin angeregt, Regelungen zu einer insekten-, fledermaus- und vogelverträglichen Außenbeleuchtung (bedarfsgesteuert (keine Dauerbeleuchtung), Abstrahlung nach unten, dichte Gehäuse ohne Hitzeabstrahlung, Leuchtmittel geeigneter Wellenlänge) aufzunehmen.-</i></p>	<p><i>Laubwäldern an den Hängen“ konnte ausgeräumt werden.</i></p> <p><u>Kompensation im räumlich funktionalen Zusammenhang</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Die durch die Planung verursachten Eingriffe (214.478 Biotoppunkte) können durch Maßnahmen im Plangebiet (103.820 Biotoppunkte) nicht vollständig ausgeglichen werden. Das verbleibende Defizit von 110.658 Biotoppunkten kann durch externe Waldersatzmaßnahmen an anderer Stelle im Landschaftsraum (Bereich Haarbach) um 56.460 Biotoppunkte reduziert werden. Die noch verbleibenden 54.298 Biotoppunkte werden durch Ersatzmaßnahmen außerhalb des Plangebietes (Ökokonto des Rheinisch-Bergischen Kreises) ausgeglichen.</p> <p>Die Umsetzung der Maßnahmen wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages gesichert.</p> <p><u>insekten-, fledermaus- und vogelverträglichen Außenbeleuchtung</u>  <b>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</b></p> <p>Regelungen zur Außenbeleuchtung können bezogen auf das jeweilige Bauvorhaben im Rahmen der Baugenehmigung geregelt werden.</p>
9.2 Artenschutz	<u>Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen</u>	<u>Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen</u>

<p>(Amt 39)</p>	<p><i>Durch die hier betroffene B-Planänderung ist eine Erweiterung des Gewerbes geplant. Bei der betroffenen Fläche handelt es sich um Waldfläche.</i></p> <p><i>Es wurde eine Artenschutzprüfung (ASP) vom 16.03.2021 vorgelegt. Am 22.07.22 wurde diese Artenschutzprüfung um die Ergebnisse einer Ende Februar 2022 durchgeführten Kontrolle auf etwaig vorkommende Greifvogelhorste in 300 m Umgebung ergänzt. Aus der ASP geht demnach nun hervor, dass Ende Februar 2022 keine Greifvogelhorste in 300 m Umgebung vorkommen.</i></p> <p><i>Zur Umsetzung des Vorhabens ist die Rodung eines Waldstückes erforderlich. Nach Aussagen des Gutachters sind die Bestandsgebäude nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen. Im Folgenden werden in Anlehnung an die ASP artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen aufgestellt:</i></p> <p><i>Als Auflage:</i></p> <p><i>Rodungen von Gehölzen (Bäume, Sträucher, Hecken), welche zur Durchführung des Vorhabens zwingend erforderlich werden, sind vom 01.10. bis 28.02. durchzuführen.</i></p> <p><i>Alternativ, soweit eine Rodung von Gehölzen vom 01.03. bis 30.09. zwingend notwendig werden sollte, sind betroffene Gehölze maximal eine Woche zuvor auf Hinweise von Vogelnestern, auf Hinweise von Greifvogelhorsten auch in der Umgebung und auf Hinweise von Fledermausquartieren durch einen Sachkundigen zu überprüfen. Hinweise können beispielsweise regelmäßiges An- und Abfliegen von Tieren, Kot- / ggf. auch Urinspuren sein. Werden entsprechende Hinweise festgestellt, so ist das Vorhaben bis auf Weiteres abubrechen und alle Arbeiten einzustellen. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Veterinäramt- Artenschutz in jedem Fall vor Beginn der Rodung mit zu teilen.</i></p> <p><i>Soweit zukünftig dennoch Gebäude innerhalb des B-Plangebietes beseitigt werden sollen, ist das betroffene Gebäude zuvor auf Hinweise von Vogelnestern und Fledermausquartieren durch ei-</i></p>	<p><b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Bei Beachtung der im Textteil genannten Maßnahmen – Eingriffe in Vegetationsbestände außerhalb der gesetzlich festgelegten Vogelbrutzeit oder ökologische Baubegleitung bei Eingriffen innerhalb der gesetzlich festgelegten Vogelbrutzeit - kann davon ausgegangen werden, dass planungsrelevante Arten von dem Eingriff nicht betroffen sind. Die Genehmigungsfähigkeit des Bauvorhabens aus artenschutzrechtlicher Sicht ist somit gewährleistet. Die durch Amt 39 vorgetragenen Auflage bzgl. von Eingriffen innerhalb der Vogelbrutzeit wird in den Textteil des Bebauungsplans übernommen.</p> <p>Im Baugenehmigungsverfahren prüft die Baugenehmigungsbehörde anhand der eingereichten Bauvorlagen, ob eine Baugenehmigung im Hinblick auf die artenschutzrechtlichen Verbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG erteilt werden kann. Dies entspricht der überschlägigen Vorprüfung. Hierzu beteiligt sie die Untere Landschaftsbehörde. (Quelle: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben: Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 24.08.2010; Fundstelle: <a href="https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de">https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de</a>)</p> <p>Hinweis: Die Waldfläche auf dem Flurstück 377 ist bereits gerodet. Es sind Ersatzaufforstungen im Verhältnis 1:1 geplant.</p>
-----------------	--	--

	<p><i>nen Sachkundigen zu überprüfen. Werden entsprechende Hinweise festgestellt, so ist das Vorhaben bis auf Weiteres abzubrechen und alle Arbeiten sind einzustellen. Zur Abstimmung des Weiteren Vorgehens ist Kontakt mit dem Veterinäramt (Frau Müller 02202-13 6814 oder Herrn Knickmeier, 02202-13 6798) aufzunehmen. Es können weitere Vermeidungsmaßnahmen bzw. Ersatzmaßnahmen erforderlich werden.</i></p> <p><i>Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass planungsrelevante Arten sowie sonstige Vogelarten durch Maßnahmen nicht getötet oder beim Fortpflanzungsgeschehen gestört werden.</i></p> <p><i>Unter der Voraussetzung der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen ist die Umsetzung der B-Planänderung aus Sicht des Artenschutzes derzeit ohne Bedenken.</i></p>	
9.3 Untere Umwelt-schutzbehörde	<p><i>Zu der v.g. Maßnahme der Stadt Wermelskirchen werden in wasserwirtschaftlicher, bodenschutzrechtlicher und immissionsschutzrechtlicher Hinsicht und zu den Belangen der Umweltvorsorge folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise vorgetragen:</i></p> <p><u><i>Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung</i></u>  <i>Eine Beseitigung des anfallenden Schmutzwassers ist durch den Anschluss an die öffentliche Schmutzwasser-Kanalisation sicherzustellen. Es bestehen keine Bedenken.</i></p> <p><i>Der Nachweis der gemeinwohlverträglichen Niederschlagswasser-versickerung des Einzelbauvorhaben Handelsstraße 18 über zwei Bodengutachten liegt vor. Ebenfalls liegt ein Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 und ein Entwässerungskonzept für die Erweiterung Handelsstraße 18 vor.</i></p> <p><i>Für das Bauvorhaben Handelsstraße 14 und 16 existiert kein Wasserrecht zur Niederschlagswasserbeseitigung.</i>  <i>Auf die Bedenken in meiner Stellungnahme zur frühzeitigen Betei-</i></p>	<p><u>Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung</u>  <b>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</b></p> <p>Da es sich um die Änderung bzw. Erweiterung eines kleineren Teilbereichs eines Angebotsbebauungsplan handelt, können bauliche Details (beispielsweise Ausgestaltung der Hof- und Fahrflächen einschließlich Fließwegeanalyse) im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nicht abschließend gelöst werden. Es handelt sich jeweils um die Erweiterung bestehender Gewerbestandorte.</p> <p>Die Hinweise bezüglich Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung beziehen sich auf nachfolgende Baugenehmigungsverfahren.</p>



*ligung zum B-Plan 20, "Industriegebiet Elbringhausen" 2009 weise ich ausdrücklich hin.*

*Weder liegt eine Aussage zur Bewertung des Niederschlagswassers der Hof- und Fahrflächen nach Trennerlass 2004 vor noch liegt daraufhin ein abgestimmtes Niederschlagswasserbewirtschaftungskonzept der Hof- und Fahrflächen vor.*

*Hinweise:*

*Beide bestehende Wasserrechte für den Bestand erstrecken sich nur auf die Versickerung von Dachflächenwasser. Die Versickerung der Hof- und Fahrflächen ist nur über die belebte Bodenzone oder eine Sedimentationsanlage erlaubnisfähig. Auch über eine neue Rigole ist nur Dachflächenwasser zu versickern.*

*Der Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 ist im Rahmen des Bauantrages zu prüfen und ist nicht Bestandteil des Wasserrechtes.*

*Eine Fließwegeanalyse für den Starkregenfall in Bezug auf das B-Plan Gebiet halten Sie offensichtlich für nicht notwendig.*

*Im Gewerbegebiet ist die stoffliche Betrachtung des Niederschlagswassers der Hof- und Fahrflächen durchzuführen. Deshalb bestehen weiterhin Bedenken. Nach Vorlage bitte ich um erneute Beteiligung.*

Immissionsschutz

*Nach Betrachtung der Immissionsschutzrechtlichen Belange bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken.*

Grundwasserbewirtschaftung

*Aus Sicht der Grundwasserbewirtschaftung bestehen keine Bedenken gegen die 2. Änderung des B-Plans 20 „Industriegebiet Elbringhausen“. Eventuelle negative Auswirkungen auf den mengenmäßigen Zustand des Grundwassers (Grundwasserneubildungsrate), bedingt durch Flächenversiegelungen im Zuge der*

Immissionsschutz

**Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.**

Grundwasserbewirtschaftung

**Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.**

	<p><i>Neubebauung, werden durch die beabsichtigte Vorort-Versickerung des anfallenden Dachflächenwassers vermieden.</i></p> <p><u>Bodenschutz/ Altlasten</u>  <i>Das folgende Grundstück: Gemarkung Oberhonnenschaft, Flur 8, Flurstücke 628 und 686 im westlichen Bereich des Änderungsgebietes des Plangebietes ist im Kataster über Altlasten und altlastverdächtige Flächen gem. § 8 LBodSchG (Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen) erfasst. Bei der vorliegenden Altlast handelt es sich um Altablagerungen, die vermutlich aus einem ehemaligen Hammerwerk stammen. Es ist darauf zu achten, dass die Maßgaben der Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) im Hinblick auf das jeweilige Nutzungsszenario eingehalten werden.</i>  <i>Für das Schutzgut Boden wurde eine angemessene Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage des „Bewertungsverfahrens Boden Modell Oberberg“ durchgeführt.</i>  <i>Aufgrund der topographischen Gegebenheiten im Plangebiet sind enorme Geländemodellierungen erforderlich, zum Teil Aufschüttungen bis 6 m. Diese Arbeiten sind im Vorfeld der Unteren Bodenschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises anzuzeigen sowie bei Durchführung gutachterlich zu begleiten und zu dokumentieren.</i></p>	<p><u>Bodenschutz/ Altlasten</u>  <b>Der Stellungnahme wird gefolgt.</b></p> <p>Die Flurstücke 628 und 686 sind in der Planzeichnung als „Flächen, deren Boden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB gekennzeichnet. Es handelt sich um überwiegend bebaute bzw. baulich bereits genutzte Bereiche.</p> <p>In den Textteil des Bebauungsplans sind Hinweise zum Bodenschutz aufgenommen worden.</p> <p>Siehe auch A), lfd. Nr. 1.4.5</p>
9.4 Kreisstraße und Verkehr	<p><u>Sichtbeziehungen</u>  <i>Aus verkehrsrechtlicher Sicht bestehen in Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde keine Bedenken, wenn sichergestellt ist, dass bei den Zufahrten gute Sichtbeziehungen gegeben sind. Diese sollten dauerhaft freigehalten werden. Außerdem muss auf dem Firmengelände ausreichender Platz zum Be- und Entladen zur Verfügung stehen. Durch eine Wendefläche (auf dem Grundstück) oder Nutzung der Zufahrten als Ein-/Ausfahrt muss ein Rückwärtsausfahren auf die Handelsstraße unterbunden werden.</i></p>	<p><u>Sichtbeziehungen</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Die Hinweise beziehen sich auf nachfolgende Baugenehmigungsverfahren (Siehe A), lfd. Nr. 1.4.6).</p>
9.5 Brandschutz	<p><u>Brandschutz</u></p>	<p><u>Brandschutz</u></p>

	<p>Das ausgewiesene Gebiet ist als Industriegebiet ausgewiesen. Daher ist für das Vorhaben eine Löschwassermenge von 3200 l/min über einen Zeitraum von zwei Stunden sicher zu stellen. Die ausgewiesenen Flächen sollen zur Ausdehnung und Weiterentwicklung der ansässigen Betriebe dienen. Werden neue Gebäude auf dem dargestellten Gebiet erstellt, befinden sie sich ganz oder in Teilen mehr als 50 Meter von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt. Bei Gebäuden, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, sind Zufahrten oder Durchfahrten zu den vor und hinter den Gebäuden gelegenen Grundstücksteilen und Bewegungsflächen herzustellen, wenn sie aus Gründen des Feuerwehreinsatzes erforderlich sind. Soweit erforderliche Flächen nicht auf dem Grundstück liegen, müssen sie öffentlich-rechtlich gesichert sein. Damit rasche und schnell Lösch- oder Rettungsmaßnahmen durchgeführt werden können, sind ggf. Feuerwehzufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen herzustellen. Die Anforderungen ergeben sich aus der Musterrichtlinie Flächen für die Feuerwehr.</p>	<p><b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Die Hinweise beziehen sich auf nachfolgende Baugenehmigungsverfahren (siehe A), lfd. Nr. 1.4.7).</p>
<b>10</b>	<p>Die <b>Industrie- und Handelskammer</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 06.04.2023 Stellung genommen.</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung</p>
	<p><u>Arrondierung des Gewerbegebietes „Elbringhausen“</u> wie bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt, begrüßt die Industrie- und Handelskammer zu Köln die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes "Industriegebiet Elbringhausen" sowie die Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 20 "Industriegebiet Elbringhausen" ausdrücklich, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Arrondierung des Gewerbegebietes "Elbringhausen" zu schaffen. Dadurch können den bestehenden Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und so deren Standorte gesichert wird. Wir haben daher keine Anregungen oder Bedenken.</p>	<p><u>Arrondierung des Gewerbegebietes „Elbringhausen“</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p> <p>Kenntnisnahme</p>
<b>11</b>	<p>Der <b>Wupperverband</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem.</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung</p>

	§ 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 06.04.2023 Stellung genommen.	
11.1	<p><u>Geltungsbereich und Planinhalte</u>  <i>Elbringhausen. Im Laufe des Verfahrens gab es mehrere Anpassungen. Durch die vorliegende 2. Änderung des Bebauungsplans bzw. 31. Änderung des Flächennutzungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine südlich angrenzende Erweiterung zur Errichtung einer gewerblichen Halle sowie einer Versickerungsanlage geschaffen werden.</i>  <i>Da der ursprünglich größer geplante Erweiterungsbereich sehr weit in das Landschaftsschutzgebiet „Seitentäler des Eifgenbaches mit Laubwäldern an den Hängen“ hineingragt hätte, und die Einzugsbereiche der Quelläufe mehrerer kleiner Gewässer (Schwellbach, Kovelsberger Bach und indirekt Huferbach (Eifgebach) sowie Wirtsmühlenbach) betroffen gewesen wären, wurde der geplante Geltungsbereich des Bebauungsplans 20 verkleinert.</i>  <i>Der Erweiterungsbereich der aktuellen Planung hat eine Größe von 0,9 ha Freiraumfläche. 50 % dieser Fläche sind für das Anpflanzen von Bäumen und Gehölzen vorgesehen. Aufgrund der Topographie (nach Südwesten hin abfallendes Gelände) ist eine Anschüttung notwendig. Die im südlichen Bereich neu entstehende Böschung soll mit Bäumen und Gehölzen bepflanzt werden und als Schutzstreifen (ca. 20 m breit) und Übergang zu der an den Planungsbereich angrenzenden Waldfläche dienen. Die Höhe der Böschung beträgt max. 3 m.</i></p>	<p><u>Geltungsbereich und Planinhalte</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b></p>
11.2	<p><u>Waldersatzflächen</u>  <i>Die ehemals von einem Fichtenwald bedeckte und durch den Borkenkäfer geschädigte Waldfläche im Planungsbereich wurde zwischenzeitlich abgeholzt (Flurstück 377). Der an</i></p>	<p><u>Waldersatzflächen</u>  <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>    Die Umsetzung der Waldersatzflächen wird im Rahmen eines</p>

	<i>dieser Stelle nicht standortangepasste Fichtenwald soll an anderer Stelle als Waldersatzfläche in Abstimmung mit Wald + Holz NRW und der Unteren Naturschutzbehörde des RBK mit einer angepassten Biotopstruktur ersetzt werden.</i>	städtebaulichen Vertrags zwischen der Stadt Wermelskirchen und den Planbegünstigten geregelt.
11.3	<u>Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung</u> <i>Die Beseitigung des anfallenden Schmutzwassers und des klärpflichtigen Niederschlagswassers erfolgt über einen Anschluss an das städtische Kanalnetz.  Das nicht klärpflichtige Niederschlagswasser soll vor Ort versickert werden. Dazu ist die Errichtung einer Versickerungsanlage mit Verteilergraben südlich der neuen Gebäude geplant und das Wasser soll mittels Sickergraben (Rigole aus Kies oder Kunststoffspeicherelementen) über mehrere mit Steinschüttungen als Erosionsschutz ausgestattete Überläufe abgeleitet werden.</i>	Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
11.4	<u>Rücknahme der Baugrenze und geringere Geländeaufschüttung</u> <i>Von Seiten des Wupperverbands begrüßen wir die Rücknahme der Baugrenze und die geringere geplante Geländeaufschüttung. Im aktuellen Planverfahren soll nur noch ein verkleinerter südlich an die bestehenden Gewerbeflächen angrenzender Bereich überplant werden. Durch die Verkleinerung des Planungsbereichs wurde der Abstand zu den Quellbereichen/Gewässern vergrößert und die Auswirkungen auf die umliegenden Gewässer reduziert. Durch die ortsnahe Versickerung wird das dem Wasserhaushalt durch die Versiegelung entzogene Wasser dem Naturhaushalt über die bewachsene Bodenzone wieder zugeführt.</i>	Rücknahme der Baugrenze und geringere Geländeaufschüttung <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
11.5	<u>Beteiligung in wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren</u> <i>Ich bitte Sie, den Wupperverband bei allen zukünftigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren für die geplante Ver-</i>	<u>Beteiligung in wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>

	sickerungsanlage zu beteiligen.	Der Hinweis bezieht sich auf nachfolgende Baugenehmigungsverfahren
11.6	<u>Dachbegrünung</u> Des Weiteren regen wir erneut an, zu prüfen, ob eine Dachbegrünung die Rückhaltung des anfallenden Niederschlagswasser unterstützen könnte und zusätzlich die visuelle Beeinträchtigung der auf dem terrassierten Gelände stehenden Gebäuden reduzieren könnte.	<u>Dachbegrünung</u> Siehe A), lfd. Nr. 3.3  Auf die Festsetzung einer verpflichtenden Dachbegrünung wurde verzichtet.
<b>ÄMTERBETEILIGUNG</b>		
<b>12</b>	<b>Amt 61</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 28.03.2023 und 03.04.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	Aus Sicht der <b>Bauordnung</b> gibt es keine Bedenken oder Einwände zu dem am 16.03.2023 vorgestellten Bebauungsplan Nr. 20 – Elbringhausen.	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>13</b>	<b>Amt 66</b> hat im Rahmen der TÖB-Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom 28.03.2023 und 03.04.2023 Stellung genommen.	Stellungnahme der Verwaltung / Abwägung
	<u>Stellungnahme Erschließung:</u> Grundsätzlich bestehen seitens 66.1 keine Bedenken zur Gebietserweiterung, jedoch bitten wir folgendes zu beachten: - Die Erschließung des Erweiterungsgebietes darf nicht über den östlichen Wirtschaftsweg erfolgen, sondern nach wie vor über die private Parzelle/ das Hauptgrundstück (Handelsstraße) erschlossen werden. - Niederschlagswasser von befestigten und versiegelten Flächen ist dezentral zu versickern (Wasserrecht erforderlich), die genauen Vorgaben sind mit der Unteren Wasserbehörde des RBK abzustimmen (s.a. Teil 2, Umweltbericht, Pkt 3.7.).	<u>Erschließung</u> <b>Der Stellungnahme wurde gefolgt.</b>  Eine Erschließung über den vorhandenen Wirtschaftsweg ist nicht geplant.  <u>Niederschlagswasserbeseitigung</u> <b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>  siehe A), lfd. Nr. 1.4.2
	<u>Stellungnahme Kanal:</u> Die Änderung des B-Plan erfordert eine Erweiterung der wasserrechtlichen Erlaubnis. Diese wird von der Unteren Wasserbehörde	<b>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</b>  Der Hinweis bezieht sich auf nachfolgende Baugenehmigungsverfahren

	<p><i>des Kreises geprüft und erteilt.</i></p> <p><i>Der SAW wird später im Baugenehmigungsverfahren wieder eingebunden und wird entsprechend eine Stellungnahme abgegeben.</i></p> <p><i>Vorbehaltlich der Prüfung durch den Kreis bestehen aus Sicht des SAW keine Bedenken gegen die gemäß BP20-2_11 dargestellte Planung der Regenwasserbeseitigung.</i></p> <p><i>Da keine Einrichtungen des SAW von der B-Planänderung tangiert werden, sind keine weiteren Anmerkungen zu machen.</i></p>	<p>fahren.</p>
--	--	----------------